

TOP 1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Sitzungsverlauf:

Gemäß § 35 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung sind die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse in der nächsten öffentlichen Sitzung bekanntzugeben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

In der nichtöffentlichen **Sitzung des Gemeinderats am 26.09.2013** wurde folgender Beschluss gefasst:

1. Die Stadt Schwetzingen verkauft ein Erbbaugrundstück in der Duisburger Straße.

In der nichtöffentlichen Sitzung des **Werks- bzw. Schwimmbadausschusses vom 30.09.2013** wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der Werksausschuss stimmt im Rahmen der Sanierung des Bellamars der Vergabe der Malerarbeiten an die Fa. Heinrich Schmid GmbH & Co.KG zu.
2. Die Ausschüsse nehmen im Rahmen des Projekts bellamar 2014 die Vorentwurfsplanung der Außenanlage Eingangsbereich/externer Bereich Gastronomie zur Kenntnis und ermächtigen die Werkleitung auf dieser Basis, die Planungen fortzuführen.

In der nichtöffentlichen Sitzung des **Verwaltungsausschusses am 10.10.2013** wurde folgender Beschluss gefasst:

1. Für das Projekt „Hilfsbrücke nach Pápa“ werden Mittel zur Anmietung eines Lagerraums in Höhe von 2.400 EUR sowie Transportkosten in Höhe von 2.600 EUR zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, für das Projekt einen EU-Förderantrag zu stellen.

Die Themen der Sitzung des **Technischen Ausschusses vom 02.10.2013** und die weiteren Themen des **Verwaltungsausschusses vom 10.10.2013** sind Gegenstand der heutigen Sitzung.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Sitzungsverlauf:

Keine Anfragen.

**TOP 3 Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2014
Vorlage: 1438/2013**

Sitzungsverlauf:

Der Oberbürgermeister trägt die beigefügte Haushaltsrede vor.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Entwurf der Haushaltssatzung 2014 zur Kenntnis und verweist ihn zur Beratung an den Verwaltungsausschuss.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 4 Konzessionsvertrag Strom - Beschluss der Vergabekriterien und des
Verfahrensbriefs
Vorlage: 1439/2013**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert den aktuellen Stand der Bewerbungen. Momentan gebe es drei Bieter.

Herr Rosenberger, STB Schmitz, Treubert, Rosenberger, Herbrechtingen, skizziert kurz das weitere Vorgehen.

Der Vorsitzende erläutert, dass die Stadt ein Monopolrecht vergebe. Damit dies einwandfrei erfolgen könne, müsse man die Konzession über ein solches Verfahren vergeben, um allen Bewerbern die gleiche Chance einzuräumen. Maßgebende Richtschnur sei hier der Kriterienkatalog, an dem alle Bewerber gemessen werden könnten. Aufgrund der heutigen Rechtslage seien solche Kriterienkataloge Pflicht. Dies auch deshalb, da früher bei Vergaben öfter mal ‚gemauschelt‘ worden sei. Der Vorsitzende bekräftigt noch einmal, dass der Kriterienkatalog in diesem Verfahren wichtig sei und bedankt sich bei Herrn Rosenberger für die fachlich geleistete Arbeit.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt

- die Kriterien zur Konzessionsvergabe Strom (Anlage 1 a und 1 b)
- den Verfahrensbrief (Anlage 2)

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 5 Gemeinderatsangelegenheiten:

TOP 5.1 Gemeinderatsangelegenheiten: Änderung der beratenden Ausschüsse Vorlage: 1415/2013/1

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die Gründe für den Wegfall des Umweltausschusses. Die Umweltthemen seien seiner Meinung nach im Technischen Ausschuss sehr gut aufgehoben, zumal dieser Ausschuss ja auch beratende Funktion habe.

Die Kultur habe in Schwetzingen eine große Strahlkraft. Im Gremium werde man sich deshalb auch in Zukunft oft mit grundlegenden Kulturthemen zu beschäftigen haben.

Stadtrat Muth, CDU, signalisiert Zustimmung für seine Fraktion und gibt hierzu eine Stellungnahme ab. Danach sei gegen die Zusammenlegung von Technischem Ausschuss und Umweltausschuss nichts einzuwenden, da die meisten die Umwelt betreffenden Themen ohnehin im Technischen Ausschuss behandelt würden. Die Themen Kultur, Tourismus und Stadtmarketing gewannen für Schwetzingen immer mehr an Bedeutung. Daher wolle man dem Auftrag als Bürgervertreter durch mehr Einfluss und Kontrolle in diesem Bereich gerecht werden, wobei für die CDU die Kontrollfunktion definitiv am wichtigsten sei.

Für Stadtrat Petzold, SWF 97, sei der Umweltausschuss grundsätzlich verzichtbar. Seine Fraktion sei überwiegend für den Kulturausschuss, da der Gemeinderat so immer auf Höhe des Sachstandes im Bereich der Kultur sei. Er gibt lediglich zu bedenken, dass die Auflösung des Umweltausschusses ein falsches Signal im Sinne des Umweltschutzes sein könne. Außer Stadträtin Melkus stimmt die Fraktion geschlossen zu.

Stadtrat Dr. Manske, SPD, gibt an, dass die SPD mehrheitlich für den Wegfall des Umweltausschusses sei. Umweltthemen spielten auch weiterhin eine große Rolle, auch im Technischen Ausschuss. Die SPD stimme auch der Schaffung eines Kulturausschusses zu.

Stadträtin Fackel-Kretz-Keller ist der Auffassung, dass die Themen des Umweltausschusses lediglich verlagert werden, was auch Sinn mache. Für sie ist es keine Frage, dass Schwetzingen für Kultur stehe.

Für Stadträtin Maier-Kuhn ist es ein langer Weg zum Kulturausschuss gewesen. Es sei gut, dass die Umsetzung jetzt erfolge.

Für Stadtrat Nerz steckt in jedem Bebauungsthema so viel an Umweltbelangen, dass Umweltthemen auch im Technischen Ausschuss gut aufgehoben seien. Schwetzingen habe ein sehr eifriges Kulturamt und man freue sich auf die künftigen Berichte zu aktuellen Themen.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt folgende Veränderungen für die beratenden Ausschüsse:
 - a. Wegfall des Umweltausschusses ab dem Jahr 2014. Die Zuständigkeit des Umweltausschusses geht auf den vorhandenen Technischen Ausschuss über.
 - b. Schaffung eines Kulturausschusses nach der Kommunalwahl 2014.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Hauptsatzungsänderung vorzubereiten.

Ja 23 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 5.2 Zahl der Stadträte im Gemeinderat ab der Wahlperiode 2014 - 2019 **Vorlage: 1406/2013/1**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert kurz die Vorlage. Als wesentliches Argument gegen die Verkleinerung des Rates spreche die hohe Aufgabenfülle, die die Stadt in den kommenden Jahren bewerkstelligen müsse. Ein Argument dagegen sei auch die Prägung der Stadt und ihre große Außenwirkung. Städte, die weniger Themen haben, hätten zum Teil auch weniger Stadträte. In Schwetzingen seien die Themen allerdings vielfältig. Ein Argument dafür könne sein, ein Signal der Bescheidenheit zu geben und die Kosten zu reduzieren.

Stadtrat Muth, CDU, nimmt hierzu ausführlich Stellung. Die Stellungnahme ist in der Anlage beigefügt. Die CDU stimme dem Antrag nicht zu.

Stadtrat Petzold, SWF 97, gibt eine Stellungnahme für seine Fraktion ab, die in der Anlage beigefügt ist. Als Anhänger der Optimismustheorie habe SWF 97 den Antrag eingebracht. Nach der Gemeindeordnung könne eine Gemeinde die Anzahl der Stadträte reduzieren. Der Antrag sei nicht aus finanziellen Gründen gestellt und auch nicht vor dem Hintergrund der Neugestaltung des Sitzungssaals, er soll vielmehr als ein Signal der Bescheidenheit gelten. Im Gemeinderat hatte man schon immer Großes zu schultern, auch mit weniger Personen. Er merkt noch bezüglich der Aufstellung der Wahllisten an, dass hier Qualität anstatt Quantität zählen solle. Auch sei der Antrag nicht aus wahlkampfaktischen Gründen zu verstehen. Auch seine Fraktion würde nach heutiger Rechnung einen Sitz verlieren. Die Fraktion würde geschlossen dem Antrag zustimmen.

Stadtrat Dr. Manske gibt für seine Fraktion eine Stellungnahme ab, die beigefügt ist. Er sagt weiterhin, dass innerhalb der SPD dieser Antrag kontrovers diskutiert worden sei. Die Frage „Warum?“ stand im Raum. Eine finanzielle Motivation könne ausgeschlossen werden. Er verweist darauf, dass die politische Vielfalt verloren ginge und erinnert noch einmal daran, dass, als Schwetzingen im Jahr 1993 Große Kreisstadt wurde, das Gremium ja erst um 4 Sitze erweitert wurde. In Schwetzingen komme ein Stadtrat auf 810 Bürger. Die SPD stimme dem Antrag nicht zu.

Für Stadträtin Fackel-Kretz Keller ist der Antrag eine Diskussion wert, aber angesichts der städtebaulichen Aufgaben, die in den nächsten Jahren anstünden, sei dies ein denkbar schlechter Augenblick, das Gremium zu reduzieren. Die Fraktion stimme uneinheitlich ab.

Laut Stadträtin Maier-Kuhn unterstützten Die Grünen den Antrag voll und ganz.

Stadtrat Nerz kennt die Position des Einzelkämpfers. Für ihn ist es schön, sich austauschen zu können. Bei kleinen Parteien gäbe es unter Umständen keinen Stellvertreter. Daher stimme er dem Antrag nicht zu.

Stadtrat Rupp von SWF 97 sagt, dass der Antrag nicht kommunalpolitisch zu verstehen sei, sonst hätte man den Antrag kurz vor den Wahlen im Frühjahr eingebracht. Er gibt weiterhin zu bedenken, dass es im Grunde immer die gleichen Stadträte seien, die die Arbeit leisteten.

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 17.10.2013

Beschluss:

Der Gemeinderat entscheidet über den vorliegenden Antrag des SWF 97 vom 15.07.2013 auf Reduzierung der Zahl der Stadträte von bislang 26 auf 22 ab der Wahlperiode 2014 bis 2019.

Ja 7 Nein 16 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 6 Ausbau Kindergartenangebote Vorlage: 1433/2013

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage und die in den kommenden Jahren anstehenden Investitionen. Der Schwerpunkt liege ganz klar in der Ganztagsbetreuung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der beruflichen Förderung von Mann und Frau. Mit der vorliegenden Vorlage sei aus kommunaler Sicht ein optimales Ergebnis erreicht worden. Er dankt den Einrichtungen für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Die baulichen Investitionen in Höhe von 375.000 EUR hielten sich in einem überschaubaren Rahmen. Zusätzlich gebe es ab 2015 laufende Kosten in Höhe von 280.000 EUR, wobei man die FAG-Zuweisungen und die Beiträge der Eltern noch gegenrechnen müsse. Zurzeit gebe die Stadt Schwetzingen ca. 4 Mio. EUR für die Kinderbetreuung aus. In den kommenden Jahren steige dieser Anteil auf 4,5 Mio. EUR. Erfreulich sei auch, dass die Schwetzinger Geburtenrate entgegen dem Trend steige, obwohl Schwetzingen derzeit nicht wie Nachbarkommunen Neubaugebiete ausweisen könne.

Stadtrat Dr. Sommer gibt für seine Fraktion die beigefügte Stellungnahme ab.

Stadträtin Münch, SWF 97, findet, dass man im Bereich der Krippen gut aufgestellt sei. Sie sei froh, dass die Einrichtungen in Schwetzingen von sich aus auf Schwetzingen zukämen und den Betreuungsaufwand aufzeigten. Sie gebe zu bedenken, dass 8 Stunden Betreuung für Kinder genug ist. Man hoffe auf qualitativ gutes Personal.

Stadtrat Kropp, SPD, freut sich in seiner Stellungnahme, dass man nach zahlreicher Rückmeldung der Eltern jetzt Wahlfreiheit schaffen könne. Hoffentlich werde die Herdprämie in Berlin wieder abgeschafft.

Für Stadträtin Utz, FWV, sind die Investitionen sinnvoll und notwendig. Der Ausbau sei enorm wichtig. Nur so könne man den Kindern eine qualitativ gute Bildung gewährleisten. Verlängerte Öffnungszeiten und erweitertes Krippenangebot sei gerade für Alleinerziehende und in Vollzeit Arbeitende enorm wichtig (s. Anlage).

Für Stadträtin Maier-Kuhn, B 90/Die Grünen, investiere man in eine qualitativ hochwertige Betreuung, weshalb man der Vorlage zustimme.

Für die FDP sagt Dr. Lorentz, dass Schwetzingen für Familien auch weiterhin attraktiv bleiben solle, weshalb man für den Antrag sei.

Der Vorsitzende schaltet sich noch einmal in die Diskussion um verlängerte Öffnungszeiten bzw. Ganztagsplätze ein. Seiner Meinung nach wäre es grundsätzlich denkbar, eine Krippe für Kinder von 16 bis 24 Uhr einzurichten. Bisher sei aber noch kein Bedarf von Seiten der Träger an die Verwaltung herangetragen worden. Dieser Bedarf könnte mit Blick auf die Angestellten im Handel und in der GRN-Klinik theoretisch jedoch existieren.

Amtsleiter Strieker wirft ein, dass die Kindergärten Edith-Stein und Arche Noah bereits Betreuung bis 18 Uhr anbieten würden.

Stadtrat Dr. Sommer, CDU, begrüßt dies und weist darauf hin, dass hier eine weitere Flexibilität erwünscht sei.

Beschluss:

Zum bedarfsgerechten Ausbau des Kindergartenangebotes in Schwetzingen werden folgende Punkte beschlossen und die Mittel für den Haushalt 2014 genehmigt:

1. Erweiterung Krippenangebot (U3)

- 1.1. Die Einrichtung einer Ganztagskrippe im Melanchthon-Kindergarten zum 01.04.2014, die damit einhergehende Personalanpassung um 3,61 Stellen sowie die Investitionskosten von 160.000 EUR (Krippe) + 42.000 EUR (Einrichtung Schlafräum für Kindergarten).
- 1.2. Die Einrichtung einer integrativen Krippengruppe im Kindergarten Sonnenblume zum 01.09.2014 und die damit einhergehende Personalanpassung um 2,22 Stellen sowie die Kosten für die Umwandlung des Gruppenraums in Höhe von ca. 20.000 EUR .

2. Erweiterung Kindergartenangebote (Ü3)

- 2.1. Die Umwandlung zu 40 Ganztagesplätzen, 20 Plätzen in Verlängerter Öffnungszeit und 28 Plätzen in einer Regelgruppe im Lutherkindergarten zum 01.09.2014, die damit einhergehende Personalanpassung um 2,36 Stellen sowie die Investitionskosten für den Umbau in Höhe von 133.000 EUR (städt. Anteil).
- 2.2. Die Umwandlung einer Kindergartengruppe im Kinderhaus Edith-Stein zu einer Mischgruppe Verlängerte Öffnungszeit/Ganztag und die damit einhergehenden Personalanpassung um 0,7 Stellen zum 01.01.2014.
- 2.3. Die Schaffung von 10 Ganztagesplätzen im Kindergarten St. Pankratius zum 01.01.2014 und die damit einhergehende Personalanpassung um 0,06 Stellen.
- 2.4. Die Schaffung von weiteren 10 Ganztagesplätzen im Kindergarten St. Maria zum 01.01.2014 und die damit einhergehende Personalanpassung um 0,16 Stellen sowie die Investitionskosten für die Einrichtung eines weiteren Schlafräum im Kellergeschoss (städtischer Anteil ca. 40.000 EUR).
- 2.5. Die Ausweitung der Betreuungszeiten und eine Umwandlung des Gesamtangebotes (Reduzierung um eine Kindergartengruppe auf 3 Gruppen sowie dafür Bildung einer Krippe, siehe Punkt 1.2) im Kindergarten Sonnenblume zum 01.09.2014 und die damit einhergehende Personalanpassung um – 0,69 Stellen.
- 2.6. Die Erhöhung des städtischen Zuschusses für die private Kinderkrippe Zwergenschlösschen um 15.000 EUR/Jahr zum 01.01.2014.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7 Zensus 2011 Vorlage: 1434/2013

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende gibt zu, dass die Zensuszahlen Schwetzingen und viele andere Kommunen sehr irritiert hätten. Demnach hat Schwetzingen rund ein Viertel seiner ausländischen Bevölkerung verloren.

Bürgermeister Elkemann erläutert, dass man bereits zu Christi Geburt das Volk habe zählen wollen. Nur auf der Basis solider Zahlen könne man als Verwaltung grundlegende Entscheidungen treffen. Bei der letzten Erhebung, die die Volkszählung von 1987 fortgeschrieben hatte, wurde ein anderer Zählmodus angewandt.

Bürgermeister Elkemann erläutert die Gründe des Widerspruchs. So konnte man sich den Verlust gerade bei Ausländern nicht erklären. Die Methodik des Zensus sei nach Ansicht von Frau Prof. Göttlich wohl unangreifbar. Das Verfahren sei insgesamt sehr intransparent. Wie sich herausgestellt habe, weiche unser aktuelles Melderegister gar nicht so weit von den Zensuszahlen ab. Nach unseren Zahlen hätten wir nur ca. 200 Einwohner verloren. Dies entspreche einer Prozentzahl von 3,6 %. Landesweit haben die Kommunen durchschnittlich 2,5 % verloren. Der Verlust entspreche Mindereinnahmen in Höhe von 160.000 EUR ab dem Jahr 2016. Im Jahr 2014 rechne man mit 80.000 EUR Mindereinnahmen, 2015 mit 120.000 EUR.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Widerspruch der Stadt Schwetzingen vom 16.07.2013 gegen den Feststellungsbescheid des Statistischen Landesamtes vom 21.06.2013 wird zurückgenommen.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8 Städtebauliches Gesamtentwicklungskonzept Schwetzingen Vorlage: 1419/2013/1

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert, dass es bei der Beantragung von Fördergeldern mittlerweile Usus sei zu überprüfen, ob sich die Sanierungsmaßnahmen im Einklang mit der sonstigen Konzeption der Stadtentwicklung befänden. Er verweist die anwesenden Räte darauf, dass heute kein Detailbeschluss gefasst werde. Die einzelnen Entwicklungsmaßnahmen werden im Gremium noch einzeln zu entscheiden sein.

Stadtrat Dr. Förster, CDU, gibt hierzu die beigefügte ausführliche Stellungnahme ab.

Für Stadtrat Rupp von SWF 97 gibt es kaum einen Bereich, bei dem Ziele und Visionen eine solch große Rolle spielen. Ohne ein schlüssiges Konzept gibt es keine Planungssicherheit. Daher sei es logisch aufzuzeigen, wohin die Reise gehen soll. Dieses städtebauliche Gesamtentwicklungskonzept sei wichtig, um Fördergelder zu beantragen. Davon werde in Zukunft abhängen, ob Fördergelder fließen werden.

Die Fraktion SWF 97 möchte, dass es bei den 50.000 EUR Beraterhonorar bleibt und dass jede Einzelmaßnahme aus dem Konzept noch einmal gesondert vom Gemeinderat beschlossen wird.

Stadtrat Müller gibt für die SPD eine Stellungnahme ab, die beigefügt ist. Dies sei eine lobenswerte Vorlage. Die Darstellung sei übersichtlich. Lediglich die Priorität der einzelnen Maßnahmen erscheine der Fraktion noch diskussionswürdig. Insgesamt stimmt die Fraktion der Vorlage zu.

Stadtrat Völker, FWV, sagt, dass das Konzept für den Antrag der Fördergelder notwendig sei. Durch die Arbeit der Stabstelle sei die Stadt hierfür sehr gut aufgestellt. Die Fraktion möchte daher die Weitsicht von Herrn Welle hervorheben. Wir als Stadt sparten hierdurch viel Geld. Dafür danke man ihm sehr. Wenn man in die Vergangenheit blicke, sehe man, dass sich Schwetzingen in den letzten 20 Jahren städtebaulich runderneuert habe.

Stadtrat Nerz, FDP, schließt sich dem Dank an Herrn Welle an.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die im Plan der Stabstelle Städtebau, Architektur & Verkehrsentwicklung vom Oktober 2013 dargestellten städtebaulichen Entwicklungsziele 2012 bis 2022 (s. Anlage 1) billigend zur Kenntnis. Die Kenntnisnahme beinhaltet keine Zustimmung zur Ausführung der einzelnen Zielsetzungen; dies ist der jeweiligen Einzelfallentscheidung vorbehalten.

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Maßnahmen und Schritte für die Erstellung eines städtebaulichen Gesamtentwicklungskonzepts vorzubereiten. Dieser Auftrag beinhaltet auch die Erstellung eines daraus abzuleitenden gebietsbezogenen integrierten Entwicklungskonzepts für die in Durchführung befindlichen städtebaulichen Erneuerungsgebiete und für Gebiete, die künftig für eine Beantragung einer Neuaufnahme in ein städtebauliches Förderprogramm anstehen.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9 S-Bahn Rhein-Neckar, hier: Barrierefreier Ausbau Haltepunkt Hirschacker Vorlage: 1429/2013

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende fasst die Sachlage kurz zusammen. Die Problematik sei, dass die prognostizierten Fahrgastzahlen unter der Fördergrenze von 1000 Personen pro Tag blieben. Die Barrierefreiheit ist trotzdem unabdingbar. Daher schlage er vor, in den sauren Apfel zu beißen, um dem Stadtteil Hirschacker eine optimale barrierefreie Anbindung an die S-Bahn zu gewährleisten. Dies sei im Hinblick auf die Pendlerzahlen nach Mannheim und auch auf die Entwicklung der Kasernen dringend notwendig und wichtig.

Stadtrat Dr. Förster, CDU, gibt hierzu eine Stellungnahme ab, die beigefügt ist.

Laut Stadtrat Rupp ist die Fraktion des SWF für den barrierefreien Ausbau. Darüber herrsche Konsens. Der Fraktion erschließe sich der Grund für die Verweigerung des Kreises und der Bahn, diese Maßnahme nicht zu bezuschussen, nicht. Es wird immer von Inklusion geredet, aber hier steht sie wohl nur auf dem Papier. Die 350.000 EUR Investition sind gut angelegt. Der Fraktion fehle jedoch der direkte Zugang zum Naherholungsgebiet Dossenwald.

Der Vorsitzende wirft dazu ein, dass dieser Zugang nicht förderfähig sei. Die Stadtverwaltung sei aber an diesem Thema dran.

Für die SPD besteht laut Stadtrat Dr. Manske kein Zweifel über die Bedeutung des barrierefreien Ausbaus. Das sei heutzutage nicht mehr anders denkbar. Lediglich die Kostenstruktur sei ärgerlich. Der Zugang zum Dossenwald müsse auch noch aufgenommen werden.

Die Stellungnahme von Stadträtin Rempp, FWV, ist beigefügt. Im Hirschacker würden sich viele BürgerInnen fragen, wann denn endlich die S-Bahn käme.

Stadträtin Maier-Kuhn, Grüne, sieht hier die Bahn massiv in der Pflicht. Wenn man für ein Prestigeobjekt wie Stuttgart 21 so viel Geld ausgeben kann, sollte einem auch der barrierefreie Ausbau Geld wert sein.

Stadtrat Nerz, FDP, stört sich am meisten am Zustand des Bahnhofes in Schwetzingen. Er fragt sich, wann denn hier der versprochene Fahrstuhl käme. Der Vorsitzende gibt an, bis 2016 würden alle Haltepunkte, auch der Bahnhof Schwetzingen, barrierefrei ausgestaltet sein.

Beschluss:

1. Der barrierefreien Erschließung des Bahnsteigs 1 durch einen geneigten Gehweg wird zugestimmt.
2. Dem barrierefreien Ausbau durch Errichtung einer Aufzugsanlage für Bahnsteig 2 wird zugestimmt.
3. Die Haushaltsmittel in Höhe von 340.000 EUR (Stand Vorentwurfsplanung) sind im jeweiligen Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung zu berücksichtigen.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 10 Beschaffungen für die Freiwillige Feuerwehr Vorlage: 1428/2013

Sitzungsverlauf:

Stadträtin Maier-Kuhn erklärt sich für befangen und verlässt den Ratstisch.

Der Vorsitzende erläutert kurz die Vorlage. Es werden die zu beschaffenden Feuerwehrautos mit Foto vorgestellt.

Laut Stadträtin Erny unterstütze die CDU grundsätzlich die Feuerwehr. Es wäre für die CDU wichtig und auch interessant, den Grundbedarf der Feuerwehr zu kennen. Zudem würde die Fraktion gerne einmal eine Führung durch die Räumlichkeiten der Feuerwehr erhalten.

Der Vorsitzende nimmt den Gedanken auf und gibt diesen an Herrn Leschinski weiter, der bestimmt für eine Führung zur Verfügung stehe. Herr Leschinski erläutert, dass der Feuerwehrbedarfsplan aus dem Jahr 2007 fortgeschrieben werde und sichert eine Führung zu.

Stadtrat Müller gibt für seine Fraktion die beigefügte Stellungnahme ab. Er sagt, dass der Fuhrpark auf einen guten technischen Stand gebracht werde durch die Neubestellungen.

Beschluss:

Für die Freiwillige Feuerwehr werden ein Gerätewagen-Transport, ein Mannschafts-transportwagen und ein Geräteträger mit Anbaugeräten angeschafft.
Die Finanzierung erfolgt durch nicht ausgegebene Haushaltsmittel aus dem Haushalt 2013.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

**TOP 11 Bauvorhaben Markgrafenstraße 7 Bestellung einer Grunddienstbarkeit
Marstallstraße (Überbaurecht)
Vorlage: 1435/2013**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage und das Ansinnen der Baufirma, um den Überweg herstellen zu können.

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Die Stadt Schwetzingen bewilligt die Eintragung einer Grunddienstbarkeit (Überbaurecht) des städtischen Grundstückes Verkehrsfläche Marstallstraße für das herrschende Grundstück Markgrafenstraße 7 im Grundbuch.

Diese Dienstbarkeit duldet die Bebauung des städtischen Grundstückes mit einer Verankerung für den Fußgängersteg, der das neue Bauvorhaben Markgrafenstraße mit der Marstallstraße verbindet.

Ja 22 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 12 Öffentliche Bekanntgaben / Anfragen

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende äußert sich noch einmal zum vorgebrachten Wunsch nach Änderung der Verkehrsregelung in der Luisenstraße. Bürgermeister Elkemann erläutert hierzu die Ergebnisse der Verkehrstagfahrt. Diese habe folgendes ergeben: In der Luisenstraße ist eine Ausweisung als Tempo-20-Zone rechtlich nicht möglich. Die Umwandlung in eine Einbahnstraße von der Kronenstraße Richtung Schulstraße würde keine Verkehrsreduzierung bzw. –entlastung bringen und aufgrund des schmalen Straßenzuschnitts könne bei einer Einbahnstraßenregelung Rad fahren auch nur in diese Richtung gestattet werden. Das Rad fahren entgegen der Einbahnstraßenregelung wäre nicht mehr zulässig. Ferner hat die Verkehrstagfahrt ergeben, dass das geforderte LKW-Durchfahrtsverbot nicht nötig sei, da dort in Zukunft nicht mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen durch LKWs zu rechnen sei.

Stadträtin Scheiber regt an, dennoch mit der Sparkasse wegen des LKW-Aufkommens durch die dortige Baustelle zu sprechen.

Stadtrat Kropp, SPD, fragt, inwieweit die von Prof. Hupfer vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen umgesetzt seien. Wie sei die Zeitschiene und wann liege die Gesamtdokumentation vor? Der Vorsitzende antwortet, dass man sich in der Umsetzung befinde und bereits einzelne Maßnahmen laufen würden. Bei der Gesamtdokumentation müsse er noch einmal nachfragen und sagt Nachricht zu.

Stadtrat Pitsch, SPD, fragt, wie der Sachstand bei den Verhandlungen mit dem SV 98 sei. Der Vorsitzende berichtet, dass der Sachstand unverändert sei. Nach wie vor warte die Verwaltung auf den SV 98. Die Stadt würde die Vertragsverhandlungen gerne im Januar in den Gemeinderat einbringen.

Stadträtin Scheiber erkundigt sich nach dem Sachstand zum Indoor-Spielplatz. Der Vorsitzende antwortet, dass die Baugenehmigung hierfür bereits erteilt sei. Allerdings liege auf dem Grundstück noch ein 20 Kilovolt-Kabel. Bevor dieses nicht verlegt werde, könne der Betreiber mit dem Bau des Spielplatzes nicht anfangen.

